

N i e d e r s c h r i f t

über die 18. - öffentliche - Sitzung

der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

am 26. August 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu Diversifizierung der Erinnerungskultur und rassismuskritische Perspektiven von der Kolonialzeit bis heute - Die Notwendigkeit einer multiperspektivischen Erinnerungskultur in Niedersachsen**
 Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)
Unterrichtung 5
Aussprache 9
Beschluss..... 16

2. **Lückenlose und unabhängige Aufklärung des tödlichen Polizeieinsatzes gegen Lorenz A. in Oldenburg**
 Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)
Weiteres Verfahren..... 18

3. **Sonstiges** 19

Anwesend:

Mitglieder der Kommission:

1. Abg. Ulrich Watermann (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
3. Abg. Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE)
4. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

5. Herr Dr. Anwar Hadeed
6. Frau Séverine Jean
7. Frau Magdalena Kruse
8. Herr Henning Röhrs (i. V. v. Frau Karin Loos)
9. Frau Prof. Dr. Mercedes Martinez Calero
10. Frau Banafsheh Nourkhiz
11. Herr Prof. Dr. Jochen Oltmer
12. Frau Seyhan Öztürk
13. Herr Muzaffer Öztürkyilmaz
14. Frau Beate Seusing
15. Frau Regina Krome (i. V. v. Frau Laura Syska)
16. Herr Osman Timur

Stellvertretende Mitglieder der Kommission:

1. Abg. Lena Nzume (GRÜNE)

2. Frau Carmen Schaper

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Weigel.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 16:02 Uhr bis 17:18 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Unterrichtung durch die Landesregierung zu Diversifizierung der Erinnerungskultur und rassismuskritische Perspektiven von der Kolonialzeit bis heute - Die Notwendigkeit einer multiperspektivischen Erinnerungskultur in Niedersachsen

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Herr Dr. Anwar Hadeed hatte folgenden Antrag eingereicht.

Anlage 1

amfn e.V. | Kurt-Schumacher-Str. 29 | 30159 Hannover

An den Vorsitzenden der
Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe
Herrn Ulrich Watermann MdL

Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Gemeinsamer Antrag in der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe am 01.04.2025

Wir bitten die Kommission in der Sitzung am 01.04.2025 folgende Empfehlung zu beschließen:

Diversifizierung der Erinnerungskultur und rassismuskritische Perspektiven von der Kolonialzeit bis heute - Die Notwendigkeit einer multiperspektivischen Erinnerungskultur in Niedersachsen

Die Kommission für Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landtags fordert die Niedersächsische Landesregierung, in Zusammenarbeit mit Fachstellen, Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie insbesondere mit Vertretern von People of Color und Menschen mit Migrationsbiografie ein umfassendes Konzept für eine ganzheitliche und multiperspektivische Erinnerungskultur in Niedersachsen zu entwickeln. Dieses Konzept soll insbesondere folgende Punkte beinhalten:

1. **Erweiterung des historischen Diskurses:**
Die Erinnerungskultur in Niedersachsen integriert über den Schwerpunkt auf die NS-Zeit hinaus die vielfältigen historischen Diskurse – einschließlich der kolonialen Vergangenheit. Dabei wird ein durchgehend rassismuskritischer Ansatz etabliert, der die fortwährenden Auswirkungen dieser historischen Strukturen auf die heutige Gesellschaft beleuchtet.
2. **Förderung eines interdisziplinären Dialogs:**
Es wird ein Diskurs angestoßen, der Wissenschaft, (Erinnerungs-)Kultur und zivilgesellschaftliche Akteure in einen gemeinsamen Austausch bringt.
Ziel ist es, dass alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere Menschen mit Migrationsbiografie, in die Gestaltung der Erinnerungskultur einbezogen werden und so ein stärker inklusives und demokratisches Zusammenleben gefördert wird.
3. **Integration in Bildungs- und Gedenkprogramme:**
Die Ergebnisse des multiperspektivischen Diskurses fließen in bestehende Bildungs- und Gedenkprogramme ein, um eine inklusive Erinnerungskultur zu gewährleisten.

Begründung

Die Gestaltung einer ganzheitlichen Erinnerungskultur ist zentral für das Verständnis unserer Gegenwart und Zukunft. Sie ermöglicht es, die Machtverhältnisse und die Wurzeln von Rassismus – die nicht nur bis in die Kolonialzeit zurückreichen und sich bis in die heutige Zeit fortsetzen – zu erfassen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für rassismuskritische Bildung einsetzen sowie migrantische Organisationen, die soziale und kulturelle Teilhabe fördern, tragen entscheidend zur politischen Debatte über die vielfältige Gegenwart Deutschlands und eine postmigrantische Zukunft bei. Dabei geht es darum, in diesem Diskurs verschiedene Perspektiven zusammenzubringen – insbesondere die derjenigen, die nach Deutschland



Anlage 2

migriert sind und über eine eigene geschichtliche Erinnerung verfügen. Bisher konzentriert sich die Erinnerungskultur in Deutschland vorwiegend auf die NS-Zeit, wodurch andere wesentliche historische Dimensionen – insbesondere die koloniale Vergangenheit in den Hintergrund rücken. Studien, etwa von Maria Alexopoulou¹, zeigen, dass Menschen mit Migrations- oder Einwanderungsgeschichte häufig als „Zufallsprodukte“ der Geschichte dargestellt werden, obwohl ihre Geschichte und ihre Erfahrungen tief in den Strukturen von Rassismus und Ungleichheit verwurzelt sind.

Die kolonialen Verbrechen und die damit verbundenen jahrhundertealten Machtstrukturen und Ungleichheitsverhältnisse wirken bis heute nach. Diese kolonialen Hinterlassenschaften haben wesentlich zur Entstehung und Fortdauer rassistischer Diskurse beigetragen und sind untrennbar mit der Geschichte des Holocausts verknüpft. In Zeiten, in denen demokratische Werte und die gesellschaftliche Integration durch rechtsextreme Ideologien bedroht sind, ist es unerlässlich, dass Erinnerungskultur multiperspektivisch und inklusiv gestaltet wird.

Weiterhin bedeutet die Einbeziehung migrantischer Perspektiven in die Erinnerung an den Holocaust, dass ein inklusiveres Miteinander in der Gegenwart gefördert werden kann, ohne das historische Ereignis selbst zu relativieren. Iman Attia² hebt hervor, dass ein geteilter Erinnerungsprozess, der verschiedene historische Ereignisse kritisch vergleicht, dazu beiträgt, „verwobene Geschichten“ zu schaffen, in denen sich viele Positionen wiederfinden. Dies löst ein starres Entweder-Oder der Geschichtsbezüge auf und erleichtert die moralische Verarbeitung traumatischer Ereignisse.

Vor diesem Hintergrund müssen Wissenschaft, (Erinnerungs-)Kultur und zivilgesellschaftliche Akteure – insbesondere Vertreter*innen von People of Color und Menschen mit Migrationsbiografie – gemeinsam einen Diskurs führen, der alle historischen Dimensionen berücksichtigt.

In Niedersachsen gibt es bereits beispielhafte Initiativen wie das Stadtlabor Göttingen, das wissenschaftlich untersucht, wie die Kolonialgeschichte in Bilderwelten, Wissensordnungen, Emotionen, Ökonomien und der gebauten Umwelt weiterlebt. Während solche Projekte wichtige Erkenntnisse liefern, bewegen sie sich häufig auf rein wissenschaftlicher Ebene und erreichen die zivilgesellschaftliche Ebene nicht ausreichend. Es bedarf daher eines multiperspektivischen und inklusiven Ansatzes, der Wissenschaft, (Erinnerungs-)Kultur und zivilgesellschaftliche Akteure – insbesondere Menschen mit Migrationsbiografie und entsprechende Organisationen – miteinander vernetzt, um die deutsche Gewaltgeschichte ganzheitlich aufzuarbeiten und den demokratischen Diskurs zu stärken.

Für die Antragsteller

I.A. Dr. Anwar Hadeed
Geschäftsführer amfn e.V.

¹ Alexopoulou, M. (2020). Deutschland und die Migration: Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen.

² Attia, I. & Rothberg, M. (2019). Multidirectional Memory and Verwobene Geschichte(n). Transit, 12(1).

*In ihrer 15. Sitzung am 1. April 2025 hatte die Kommission die Landesregierung hierzu um Unter-
richtung gebeten.*

Herr **Dr. Anwar Hadeed** skizziert noch einmal kurz den Antrag und bittet darum, ihn gemäß § 3 Satz 1 der Geschäftsordnung der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landtages den Mitgliedern des Landtages, den Landtagsfraktionen und der Landesregierung zuzuleiten.

Unterrichtung

Herr **Dr. Walter** (MK): Vielen Dank für die Gelegenheit, zu dem Antrag „Diversifizierung der Erinnerungskultur und rassismuskritische Perspektiven von der Kolonialzeit bis heute - Die Notwendigkeit einer multiperspektivischen Erinnerungskultur in Niedersachsen“ zu sprechen.

Lassen Sie mich zunächst uns einmal kurz vorstellen. Ich leite im Kultusministerium das Referat 23. Das ist das Referat, das für politische Bildung, Gedenkstätten, Bildung für nachhaltige Entwicklung, also BNE, Mobilität und globales Lernen zuständig ist. Neben mir sitzt meine Kollegin Frau Katechakis. Sie ist Referentin, auch im Referat 23, für die Themen „Globales Lernen“ und „BNE“. Und links von mir sitzt Herr Wöckener. Er ist im Referat 23 Referent für die Themen „Politische Bildung“ und „Demokratiebildung“. Wir sind deswegen zu dritt hier, weil der Antrag durchaus verschiedene Dimensionen anspricht, die wir über die im Referat zuständigen Personen gut abdecken möchten. Klar ist aber natürlich, dass wir im MK insbesondere einen Blick auf Schule haben und nicht alle Thesen bzw. Forderungen des Antrags abdecken können.

Ich werde im Folgenden kurz allgemein einleiten, und im Anschluss daran wird Frau Katechakis auf konkreten Vorhaben des Referates bzw. des MK eingehen. Herr Wöckener wird danach ergänzen, was ganz aktuelle Entwicklungen anbelangt.

Wie bereits angedeutet, sind die in der heutigen Sitzung und in dem Antrag angesprochenen Themen auch für die politische Bildung, die Demokratiebildung und das globale Lernen an Schulen - allesamt Themen, die bei uns im Referat verortet sind - sehr relevant. Ziel unseres Fachreferats ist es, aktuelle Entwicklungen in den Themenfeldern Erinnerungskultur, historisch-politische Bildung, schulische Demokratiebildung und globales Lernen insoweit miteinander zu verknüpfen, als Phänomene wie Rassismus nicht nur in ihrem historischen Kontext, sondern vor allem auch in ihren Gegenwartsbezügen bzw. Kontinuitäten gelesen werden bzw. gelesen werden können.

So sollen Schülerinnen und Schüler nachvollziehen können, dass etwa der heutige Rassismus und die Diskriminierung gegenüber People of Color und Menschen mit Migrationsbiografie ohne den historischen Kolonialismus und seine Folgen nicht angemessen zu verstehen sind. Das erfordert aber zugleich eine sehr intensive Auseinandersetzung mit den hierzu bereits seit Jahren geführten gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskursen. Ich nenne nur den sogenannten Historikerstreit 2.0, auf den im Antrag Bezug genommen wird und der in der Folge eine Weiterentwicklung von Fachdidaktiken und Unterrichtsmaterialien und Inhalten erforderlich macht.

Das Niedersächsische Kultusministerium nimmt sich dieser Themen und hiermit verbundener Fragestellungen bereits jetzt intensiv an. Dies wollen wir Ihnen nachfolgend gerne kurz erläutern. Handlungsleitend ist zunächst einmal, dass es einer fachlich angemessenen wie sensiblen Auseinandersetzung bedarf, da die diesbezüglichen Debatten, auf die ich eben Bezug nahm, zum Teil ja nach wie vor in der Öffentlichkeit und der Wissenschaft sehr kontrovers geführt werden.

Zugleich ist zu berücksichtigen, dass nicht wenige Schülerinnen und Schüler selbst Opfer von Rassismen und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind, was es erforderlich macht, sehr sensibel mit diesen Themenfeldern umzugehen.

Lehrkräfte sind mit vielfältigen Ausprägungen gesellschaftlicher Debatten unmittelbar konfrontiert, können aber nicht in jedem Diskurs und in jeder Debatte gleichermaßen sofort Expertin

oder Experte sein. Ziel ist es also, ihnen Handlungsoptionen zu eröffnen. Neben einer Sensibilisierung für die unterschiedlichen Hintergründe und Lebensrealitäten ihrer Schülerinnen und Schüler bedarf es unserer Ansicht nach historischen und soziologischen Wissens bezüglich der Kontinuitäten dekolonialer Strukturen bzw. der Voraussetzungen eines multidirektionalen Erinnerns.

Hier sehen wir, genau wie im Antrag formuliert, den Bedarf, die in Wissenschaft und Gesellschaft entfalteten Diskurse passend in die Schule zu bringen. Das ist durchaus herausfordernd. Es ist uns wichtig, Impulse und Unterstützung für Schulen zu geben, sich mit Fragen der historisch-politischen Bildung multiperspektivisch zu beschäftigen. Hierbei sind Sorgfalt und gute Vorbereitung geboten, um der Komplexität der Voraussetzungen in Schulen, wo ganz unterschiedliche Perspektiven zusammentreffen, gerecht werden zu können.

StR'in **Katechakis** (MK): Um den von Herrn Dr. Walter genannten Herausforderungen konstruktiv entgegenzutreten, hat im Juni ein erster Fachaustausch im Kultusministerium stattgefunden. Eingeladen dazu waren Vertreterinnen und Vertreter des VEN, der Leibniz Uni Hannover und der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“, die sich zuvor mit Schreiben zur Diversifizierung der Erinnerungskultur an die Kultusministerin gewandt hatten. Teilgenommen an dem Gespräch haben außerdem Referentinnen und Referenten aus dem MK - unter anderem wir und weitere aus den Referaten 32 und 33, also aus der schulfachlichen Abteilung.

Gegenstand des Austausches war die mögliche Einbindung von Erkenntnissen einer multidirektionalen Erinnerungsarbeit in die anstehende Überarbeitung der Kerncurricula in den Fächern Politik-Wirtschaft, Geschichte und Gesellschaftswissenschaften. Zudem wurden eine Bestandsaufnahme der bisher angedachten Maßnahmen zu diesem Thema sowie die Gestaltung des weiteren Vorgehens auch unter Einbindung der am Gespräch Beteiligten und weiterer Expertinnen und Experten vorgenommen.

Im Weiteren soll schrittweise vorgegangen werden. Zunächst soll es einen breiten Dialogprozess mit relevanten Stakeholdern in den genannten Bereichen der historisch-politischen und politischen Bildung geben. Das sind zum Beispiel zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, Fachverbände, Interessenvertretungen sowie Institutionen wie die „Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten“, aber auch - für uns - Schlüsselpersonen im Bildungsbereich, also zum Beispiel Fachdezernentinnen und Fachdezernenten, sowie die entsprechenden Fachberatungen. Dieser Dialogprozess soll einer Standortbestimmung dienen, von der aus dann weitere Maßnahmen geplant werden sollen.

Ein erster für uns zentraler Meilenstein war in der letzten Woche die mehrtägige Fachtagung „Historisch-politische Orientierung in der Migrationsgesellschaft - Perspektiven für eine diversitätsorientierte Erinnerungskultur“, die die Evangelische Akademie Loccum in Kooperation mit dem Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung durchgeführt hat und bei deren Planung auch wir involviert waren. Hier kamen relevante Akteurinnen und Akteure im Themenkontext Erinnerungskultur zusammen. Sie haben sich in verschiedenen Diskussionsformaten und Workshops mit aktuellen Herausforderungen auseinandergesetzt.

Auf dieser Grundlage sollen Erkenntnisse für die schulische Konkretion im Sinne einer Weiterentwicklung der Erinnerungskultur gewonnen werden, die - so der derzeitige Planungsstand - auf einer Follow-up-Veranstaltung mit Kolleginnen und Kollegen, die in der Schule sowie in den Schulbehörden arbeiten, weiterentwickelt werden sollen.

Auch der Fachaustausch, den wir im Juni begonnen haben, soll fortgesetzt werden - auch im Sinne dieses Dialogprozesses. Die Ergebnisse der Tagung können dann diskutiert werden und in weitere Planungen für Maßnahmen einfließen. Ziel ist es, konkrete Fortbildungsformate und Materialien zu entwickeln, aber auch wirklich mögliche Impulse für die Weiterentwicklung der Kerncurricula und Lehrbücher zu geben.

In diesem Kontext fördert das Kultusministerium auf Antrag des Leibniz-Instituts für Bildungsmedien, Georg-Eckert-Institut, eine qualitative und quantitative Untersuchung der aktuellen Kerncurricula in den Fächern Geschichte, Geografie und Politik/Sozialkunde in der Sekundarstufe 1 und eine vertiefte qualitative Inhaltsanalyse von ca. 20 exemplarischen Schulbüchern der Fächer Geschichte, Geografie und Politik/Sozialkunde in Haupt-, Ober-, Real- und Gesamtschulen in Niedersachsen. Konkret erfolgt das im Hinblick auf die Darstellung von Kolonialismus, Migration und Rassismus inklusive eines Fokus auf Antiziganismus.

Die forschungsleitende Fragestellung dazu richtet sich darauf, inwiefern Kolonialismus, Rassismus, Migration und die damit verbundene Vielfalt in den niedersächsischen Kerncurricula berücksichtigt werden. Dabei geht vor allem darum, inwiefern die Curricula zu einer zunehmenden Akzeptanz von Diversität als gesellschaftlicher Normalität beitragen können. Ein wichtiger Bestandteil des Vorhabens des Instituts wird die Erarbeitung wissenschaftlicher Empfehlungen für die anstehende Überarbeitung der Kerncurricula und für die Bildungspolitik sein.

Die Empfehlungen sollen dann den KC-Kommissionen zur Verfügung gestellt werden, und Zwischenergebnisse der Untersuchung sollen Ende Oktober dieses Jahres auch der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe präsentiert werden.

Neben diesen spezifischen Maßnahmen stärkt das Kultusministerium seit über zehn Jahren das Promotor*innenprogramm in Niedersachsen über eine Zuwendung, die in diesem Jahr 325 000 Euro beträgt. Damit fördert das Ministerium nicht nur die neuen Promotor*innenstellen, an deren Förderung der Bund beteiligt ist, sondern es hat jetzt über eine reine Landesförderung auch die Möglichkeit der Einrichtung einer weiteren Promotor*innenstelle im ländlichen Raum in Ostfriesland geschaffen. Die Regional- und Fachpromotorinnen und -promotoren widmen sich in ihrer Arbeit vielfältigen entwicklungspolitischen Themen; auch den Themen Migration und Partizipation.

In diesem Jahr soll es eine verstärkte Verknüpfung des Programms mit Schulen geben. Die Promotorinnen und Promotoren haben einerseits mit schulischen Netzwerken Kontakt und bilden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Themen des globalen Lernens fort und sollen andererseits auch eine Schnittstelle zwischen Schulen und Zivilgesellschaft sein, die vor allem im ländlichen Raum für Schulen passende Angebote vermitteln kann. In diesem Zusammenhang können Themen des globalen Lernens, also zum Beispiel „koloniale Kontinuitäten“, „Leben in der Migrationsgesellschaft“, „Multiperspektivität“ oder „Stärkung der Partizipation aller an Schule Beteiligten“, ausgebaut werden. Mit der Koordination des Programms und der Fachpromotorin für globales Lernen findet ein regelmäßiger Austausch zwischen Kultusministerium und den Betroffenen statt.

Wie Sie sehen, hat sich das Kultusministerium schon in verschiedenerlei Hinsicht auf den Weg gemacht, um die vielfältigen Anforderungen einer diversen Gesellschaft zu berücksichtigen und

dieser letztendlich auch gerecht zu werden. Zentral ist dabei, sich des Themenbereichs „Diversifizierung der Erinnerungskultur“ und dessen Umsetzung und Wirkmöglichkeiten in Schule multiperspektivisch und inklusiv anzunehmen.

Die Erweiterung des historischen Diskurses und die Förderung eines interdisziplinären Dialogs stehen dabei für uns momentan im Mittelpunkt. Eine Integration der Ergebnisse dieser Arbeit in Bildungsprogramme, zum Beispiel die Kerncurricula oder über Veranstaltungen und Materialien, ist vorgesehen und muss noch unter Einbindung diverser Perspektiven konkretisiert werden.

StD **Wöckener** (MK): Der Antrag berührt Themen und Fragestellungen, die uns auf vielen Ebenen beschäftigen, die eine Querschnittsaufgabe darstellen. Ich werde mich im Folgenden auf eine Reihe wesentlicher Maßnahmen beschränken, die jetzt unmittelbar anstehen. Einiges davon ist schon im Vortrag der Kollegin angeklungen. Diese Aufzählung ist natürlich nicht abschließend. Es geht, wie gesagt, um einen etwas längeren und intensiven dialogorientierten Prozess, der da angestoßen wird und zu dem wir zu späteren Zeitpunkten gerne Aktuelles berichten können.

Das Thema Beratungsstrukturen ist schon angesprochen worden. Es geht darum, über Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen bestehende Strukturen für diese Themen zu sensibilisieren. Wir aus dem Referat 23, zuständig für Demokratiebildung, sind sehr froh, dass wir zu Beginn dieses Jahres eine neue Beratungsstruktur in den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung haben etablieren können - Fachberatung Demokratiebildung -, die Schulen zu allen möglichen Fragen und Themen in diesem Bereich beraten werden. Die Kolleginnen und Kollegen haben ihre Arbeit sozusagen erst kürzlich aufgenommen und werden noch berufsbegleitend qualifiziert. Dabei werden selbstverständlich auch Themen und Fragen, um die es hier geht, eine Rolle spielen.

Das Thema Kerncurricula ist schon angesprochen worden. Das wird jetzt tatsächlich sehr konkret, einerseits durch die begleitende wissenschaftliche Studie des Georg-Eckert-Instituts. Andererseits läuft der Prozess zur Überarbeitung der Kerncurricula sehr bald an. Ende Oktober wird es eine dreitägige Auftaktveranstaltung geben, bei der alle Kolleginnen und Kollegen, die an diesen Kerncurricula mitwirken werden, zusammenkommen, damit man sozusagen ein gemeinsames Mindset entwickeln kann, bevor es dann sozusagen in die einzelnen Fachdisziplinen gehen wird. Wir werden das aber im weiteren Prozess immer sozusagen nochmal rückkoppeln und schauen, wie sich die Themen dann in diesen Curricula weiterentwickelt haben.

Ein dritter wichtiger Punkt ist unser Bildungsportal. Das ist sozusagen die zentrale Online-Anlaufstelle für, wie wir sagen, alle an Schule Beteiligten, insbesondere natürlich aber für Lehrkräfte, für Schulleitungen und für Schulsozialarbeitende. Wir haben mittlerweile wirklich umfangreiches Material auf einer Themenseite zur Demokratiebildung. Auch für BNE gibt es eine Themenseite. Ganz neu haben wir über die Redaktion dort auch zu den Themen, die hier diskutiert werden, eine Seite eingerichtet. Das steht noch relativ am Anfang und wird natürlich im weiteren Prozess fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Bisher ist es sozusagen eine thematische Sammlung mit verschiedenen Links, mit Ansprechpartnern, mit Akteurinnen und Akteuren in diesem Bereich.

Man kann sich aber auch gut vorstellen, dass man beispielsweise über eine kleine Kommission Materialien gezielt für das Bildungsportal erarbeitet, das dann den Lehrkräften dort sehr gut zugänglich ist und für den eigenen Unterricht genutzt werden kann.

Das Thema Netzwerkarbeit ist uns besonders wichtig. Das hat die Kollegin schon im Zusammenhang mit der Tagung angesprochen. Ihnen allen ist das Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ bekannt. Das sind derzeit knapp 500 Schulen. Das ist zahlenmäßig tatsächlich das allergrößte Schulnetzwerk nicht nur bei uns in Niedersachsen, sondern auch bundesweit. Es gibt viele Beiträge aus diesem Netzwerk auch zu den Themen, die hier diskutiert werden, und Materialien, die reingegeben werden. Wir organisieren einmal im Jahr eine zentrale Landestagung als Landeskoordination, die wir im Kultusministerium innehaben.

Sie merken allein schon anhand der Zahlen, wie der Wirkungsgrad dieses Netzwerks ist. Aber er reicht natürlich darüber hinaus, weil die Materialien auch Schulen, die nicht oder noch nicht dem Netzwerk angehören, zugänglich gemacht werden.

Das Thema Schulbücher ist schon angesprochen worden. Auch dieses Thema ist sehr wichtig. Das ist eine stete und kontinuierliche Aufgabe. Das ist manchmal, sage ich mal, einzelfallbezogen. Auch von außen, von Schülerinnen und Schülern, von Verbänden werden immer mal wieder Dinge an uns herangetragen. Dabei geht es zum Beispiel um Inhalte in Schulbüchern. Das schauen wir uns natürlich an. Wir sind mit dem NLQ, dem Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung, in einem engen Austausch und werden das noch weiterentwickeln, weil wir einfach merken, dass uns das in vielen Fragestellungen immer wieder begegnet.

Wie Sie wissen, entwickeln sich die Schulbücher sozusagen auf der Grundlage der Schulcurricula. Unsere Vorstellung ist, dass dann, wenn sich die Schulcurricula weiterentwickeln, quasi automatisch - wenngleich erst im zweiten Schritt - auch entsprechende Anpassungen in den Schulbüchern folgen. Aber nochmal: Sobald wir mit diesen Dingen konfrontiert werden, kümmern wir uns darum. Wir sind mit dem NLQ in einem engen Austausch.

Ansonsten zu allgemeinen weiteren Maßnahmen. Fortbildung ist ein stetes Thema. Das setzen wir natürlich fort, wir sind da derzeit mit dem NLQ in den Planungen für das nächste Jahr. Wir können auch noch über weitere Maßnahmen nachdenken. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, sozusagen auf der guten alten Schiene „*Schulverwaltungsblatt*“ zu fahren. Wir hatten zu Beginn dieses Jahres einen großen Artikel zum Thema „antisemitismuskritische Bildung“. Etwas Vergleichbares kann man sich selbstverständlich auch bei den Themen, um die es heute geht, vorstellen. Wir nutzen das dann immer gerne, um externe Expertinnen und Experten zu Wort kommen zu lassen. Das sind weitere Überlegungen, die wir im Ministerium haben. Es braucht immer alles ein bisschen Vorlauf.

Das vielleicht zum Abschluss der Darstellung der konkreten Maßnahmen, die uns in diesem Schuljahr und auch in den nächsten Schuljahren begleiten werden.

Aussprache

Abg. **Djenabou Diallo-Hartmann** (GRÜNE): Herzlichen Dank für die ausführlichen und aus meiner Sicht erfreulichen Ausführungen. Ich erinnere mich noch daran, dass wir uns kurz vor dem Ende der vergangenen Wahlperiode mit Anträgen befasst haben, bei denen es zwar nicht um Erinnerungskultur, aber um die Migrationsgeschichte Niedersachsens und in diesem Zusammenhang auch um Schulbücher und allgemein um Lehrinhalte ging. Das, was damals dargelegt wurde, war für mich maximal frustrierend. Denn als jemand mit Migrationsbiografie würde ich die Realitäten in dieser Gesellschaft gern auch in der Bildung angekommen sehen.

Nach der heutigen Unterrichtung bin ich unendlich dankbar. Wir haben mit der rot-grünen Koalition den Landesaktionsplan gegen Rassismus auf den Weg gebracht. Bei dem, was Sie heute vorgestellt haben, geht es um Bestandteile dessen.

Curricula sind ganz wichtig. Wichtig sind im Interesse einer Sensibilisierung aber auch Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten für die Lehrkräfte. Bei der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Niedersachsens geht es um Lerninhalte. Aber auch das Thema Roma und Sinti spielt eine Rolle. Dazu haben wir gerade einen Antrag laufen.

Zu Anfang der Legislaturperiode war ich relativ unzufrieden mit dem, was ich seinerzeit gehört habe. Jetzt aber geht es endlich voran. Das zu hören und mitzubekommen, ist für mich sehr erfreulich.

Eine konkrete Frage habe ich noch zum Thema Beteiligung und Dialogprozess und zu der Frage, wie wir möglichst viele mitnehmen und dabei die Betroffenenperspektive und auch die vorhandene Expertise einbeziehen können. Haben Sie die entsprechenden Prozesse bereits hinter sich, oder besteht noch die Möglichkeit, die Prozesse auszuweiten, um möglichst viele Menschen und auch möglichst viele Mitglieder dieser Kommission, die Expertise mitbringen, einzubinden, damit sie sich an den Prozessen beteiligen können?

Herr **Dr. Walter** (MK): Wie wir bereits angedeutet hatten, geht es um Prozesse, die wir zum Teil relativ jung eingeleitet haben. Wir hatten ein Fachgespräch mit Organisationen, die sich an die Ministerin gewandt hatten. Wir haben das ein wenig gesammelt und haben die Organisationen, die ein Anliegen an uns herangetragen hatten, eingeladen, um ins Gespräch zu kommen. Das war der erste Schritt.

Natürlich soll der Prozess geweitet werden. Ich glaube, man muss das Feld ein wenig sortieren. Ich sagte zu Beginn, dass bei uns der Fokus natürlich auf den Schulen liegt. Wer sind dort die relevanten Einrichtungen und Personen, die einbezogen werden müssen? Wir sortieren das im Moment noch. Natürlich ist angedacht, die Kreise zu weiten und Betroffene stärker zu Wort kommen zu lassen und sie einzubeziehen.

Sie haben das Thema Sinti und Roma angesprochen. Unlängst hat im Neuen Rathaus hier in Hannover ein runder Tisch stattgefunden - ich war dabei zugegen -, bei dem deutlich geworden ist, wie wichtig es ist, nicht nur die Perspektive zu hören, sondern direkt ins Gespräch zu kommen. Das sollte einer der nächsten Schritte sein.

Herr Prof. **Dr. Jochen Oltmer**: Ich kann den Eindruck bestätigen. Wir haben 2022/2023 Diskussionen über Schulbücher und Kerncurricula usw. geführt. Die Irritationen oder Frustrationen, die in diesem Zusammenhang entstanden sind, haben, glaube ich, am Ende alle Mitglieder dieser Kommission mitgenommen. Mittlerweile ist der Eindruck allerdings ein deutlich anderer.

Mir scheint es vor dem Hintergrund des Antrages wichtig zu sein, die Perspektive, die Sie zuletzt erwähnt haben, nämlich die Perspektive der Weitung bzw. der Möglichkeit, andere einzubeziehen, zu stärken. Wenn man den Antrag ernst nimmt, wird sehr schnell deutlich, dass Schule in diesem Zusammenhang - ohne Zweifel - eine ganz, ganz hohe Bedeutung hat, zumal wir in diesem Zusammenhang auch über die Zukunft der Gesellschaft sprechen. Der Antrag zielt explizit darauf, möglichst *die* Bevölkerung in Niedersachsen mitzunehmen. Von daher wäre es aus meiner Sicht wichtig, dass die Initiativen, die Sie erwähnt haben, aufgegriffen und geweitet werden; mit einer Perspektive, an Museen und Gedenkstätten heranzutreten.

Sie haben das Stichwort „Demokratiebildung“ erwähnt. Wir haben mit der Landeszentrale für politische Bildung eine Einrichtung, die als wesentlichen Auftrag Demokratiebildung für Gesamtniedersachsen auf den Weg bringen soll. Diese Organisationen und Akteure, die in höchstem Maße prägend sind, wenn es darum geht, bestimmte Geschichtsbilder, Gegenwartsbilder und Zukunftsvorstellungen zu präsentieren, mit einzubeziehen und ressortübergreifend aktiv zu werden, scheint mir ganz zentral zu sein.

Der Beitrag des Kultusministeriums ist in diesem Zusammenhang wichtig und gut. Aber es bedarf daneben auch noch der Perspektiven des Wissenschaftsministeriums, wo diverse der genannten Einrichtungen ressortieren, aber auch der Perspektiven anderer Einrichtungen, die nicht nur auf der Ebene der Landesverwaltung bzw. der Landesregierung auszumachen sind. Hier einen Anstoß zu geben, wäre - so habe ich den Antrag verstanden - ein ganz wesentliches Element dieser Initiative.

Frau **Seyhan Öztürk**: Sie sagten, sie seien im Prozess. Können Sie denn absehen, wie lange dies noch dauern wird, welche Fächer das betrifft und ob schon Inhalte feststehen?

Herr **Dr. Walter** (MK): Wie Herr Wöckener bereits erläutert hat, liegt das Verfahren nicht bei uns, sondern die Zuständigkeit dafür liegt bei der Abteilung 3. Wir sind eine schulformübergreifende Abteilung. Allerdings befinden wir uns in einem guten Austausch mit der Abteilung 3. Die Überarbeitung der Kernfächer der politischen Bildung ist vorgezogen worden. Die KC-Kommissionen sollen jetzt eingesetzt werden, und im Herbst soll dann die Überarbeitung beginnen.

Das Vorhaben des Georg-Eckert-Instituts - ich bezeichne das einmal verkürzt so; der Titel ist länger - soll dazu dienen, die bestehenden KC anzuschauen bzw. zu analysieren und zu klären, ob bestimmte blinde Flecken oder Leerstellen bestehen, und konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Diese wollen wir gern mit der wissenschaftlichen Perspektive in die KC-Kommissionen geben - das Georg-Eckert-Institut verfügt über viel Expertise -, damit die Mitglieder der KC-Kommissionen, die natürlich eigenverantwortlich und eigenlogisch handeln, diese Perspektiven mit aufnehmen und berücksichtigen können.

StD **Wöckener** (MK): Ende Oktober findet eine Auftaktveranstaltung statt. Ich kann Ihnen jetzt nicht abschließend alle Fächer nennen. Aber Politik, Politik-Wirtschaft sowie Gesellschaftslehre - auch das Fach Erdkunde gehört dazu - werden überarbeitet. Dabei geht es aber nicht um eine radikale Auflösung und Neufassung, sondern das orientiert sich an dem Vorhandenen. Es geht - das ist als klarer Auftrag im Ministerium formuliert worden - um eine Weiterentwicklung, die erkennbar sein muss. Die Kolleginnen und Kollegen kommen Ende Oktober zusammen. Die Kommissionen werden dann in einer gewissen Eigenverantwortung arbeiten, was die Termine und was den Prozess angeht. Ich denke, dass wir dann Mitte bis Ende - ich formuliere das bewusst so grob - nächsten Jahres entsprechende Entwürfe vorliegen haben. Das zieht dann sozusagen die normalen Schleifen bei uns im Ministerium. Es folgt die Anhörungsphase, an der sich Institutionen und auch Einzelpersonen beteiligen können. Wann genau die neuen Kerncurricula in Kraft treten werden, kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht belastbar sagen.

Ganz wichtig ist die Parallelität in den Entwicklungen - ich habe das vorhin schon angesprochen -, was Beratungsstrukturen angeht. Denn spätestens, wenn es um die Implementierung der KC geht, folgt der nächste Schritt. Ein KC steht sozusagen zunächst einmal nur auf dem Papier und muss dann in den Schulen Eingang finden. Dabei haben die regionalen Landesämter eine ganz wichtige Aufgabe mit den Fachberatungen, die für die einzelnen Fächer zuständig sind, aber

auch mit den fächerübergreifenden Fachberatungen, wie etwa die Fachberatung für Demokratiebildung. Diese sind natürlich auch sozusagen in Person an der Entstehung beteiligt. Wenn es dann um die Implementierung geht, wenn es darum geht, das in die Schulen zu bringen, werden die Kolleginnen und Kollegen das eng begleiten.

Frau **Seyhan Öztürk**: Meine zweite Anmerkung betrifft den Fachaustausch, der im Juni stattgefunden hat. Ich finde den Aspekt, dass das Wissenschaftsministerium eingebunden werden sollte, ganz wichtig. Inwieweit dies bereits geschieht, haben Sie schon dargelegt. Sie sprachen auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren und davon, dass es bereits runde Tische gegeben habe. Dass nicht nur das Ministerium bzw. die Verwaltung, sondern auch andere Akteure eingebunden werden, ist sehr wichtig.

Frau **Beate Seusing**: Auch mich hat das, was Sie vorgetragen haben, sehr gefreut. Ich denke, das geht auf jeden Fall in die richtige Richtung. Was das Kultusministerium betrifft, haben wir es hier mit einem Paradigmenwechsel zu tun.

Ich möchte Frau Öztürk darin unterstützen, dass es darum geht, auch das MWK von Anfang an einzubinden. Alles, was Sie in Curricula und in Schulbüchern verändern, muss in die Lehrerbildung einfließen. Das kann man nicht getrennt betrachten.

Zum anderen geht es mir um die Einbindung von Migrantenselbstorganisationen und -dachverbänden. Wir hatten das in der Kommission schon mehrfach gefordert. Ein echter Fortschritt wäre es, wenn geklärt wäre, wie die Einbindung erfolgen soll. Es geht nicht nur darum, wer teilnehmen soll, sondern auch darum, wie mit den Diskussionsergebnissen umgegangen werden soll. Werden einfach nur Anhörungen durchgeführt, und wird dann nur gesagt: „Nice to have; wir haben das gehört, setzen das aber nicht um“, oder wird gesagt: „Wir nehmen das wirklich ernst und verpflichten uns, auf die Forderungen bzw. Themen einzugehen und sie aufzunehmen, soweit dies Sinn macht.“? Anhörungen, bei denen wenig herauskommt, machen mich unzufrieden. Viel Arbeit aufzuwenden, um am Ende zu merken, dass nichts davon aufgenommen worden ist, ist nicht richtig toll.

Herr Prof. Oltmer hatte die Frage der Öffnung über das Kultusministerium hinaus angesprochen. Wie wird es mit den Gedenkstätten weitergehen? Bei dem Gesetz über die „Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten“ geht es um die Betrachtung des Zeitraums von 1933 bis 1945. Selbst wenn die Stiftung sehr gutwillig ist, hat sie nur wenige Möglichkeiten, ihren Blickwinkel zu diversifizieren. Ich denke, es wäre nötig, hier eine Erweiterung zu erlauben, also eine Gesetzesänderung vorzunehmen, oder auch neue Akteure zu fördern.

Herr **Dr. Walter** (MK): Was die Frage angeht, wie wir Migrantenselbstorganisationen einbeziehen, ist es sicherlich erst einmal gut, ins Gespräch zu kommen. Wie wir die Dinge verbindlich gestalten können bzw. wie das einfließt, müssen wir auch noch für uns klären. Zunächst einmal ist es aber ein guter Schritt, das Feld zu weiten. Das hat klein angefangen, wie das manches Mal so ist. Wir sind jetzt zu der Überzeugung gekommen, dass man das Feld weiten muss. Bei der Tagung in Loccum waren Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen und auch von Selbstorganisationen dabei. Auch hier ist eine Weitung vorgesehen. Ich glaube, das muss man entwickeln. Es geht darum, ins Gespräch zu kommen und die verschiedenen Perspektiven aufzunehmen. Wie das konkret verfasst werden soll, muss man sich dann noch einmal genauer anschauen.

Für die Gedenkstätten sind wir als Fachreferat zuständig. Wir nehmen die Rechtsaufsicht für die „Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten“ wahr. Derzeit geht es um Gedenkstätten, bezogen auf die Zeit des Nationalsozialismus. Vielleicht haben Sie ja die Stellungnahmen von Frau Dr. Grygleswski wahrgenommen. Ich sehe durchaus eine große Bereitschaft, darüber nachzudenken, wie man die Blicke weiten und wie man die Gedenkstätten öffnen kann. Die Gedenkstätten waren auch in Locom vertreten. Ich sehe seitens der Gedenkstätten keine Widerstandshaltung. Dies gilt auch, wenn ich mir manche Workshopangebote anschau, die selber den Blick weiten. Ich glaube, dass man hier dranbleiben muss. Wir sind dazu auch im Gespräch. Wie sich das gesetzlich niederschlagen kann, muss man schauen. Das Stiftungsgesetz befindet sich derzeit in Überarbeitung. Man wird konkret schauen müssen, ob hier oder besser an anderer Stelle eine Regelung möglich ist.

Frau **Banafsheh Nourkhiz**: Ihre Ausführungen waren sehr interessant. Es geht um ein Thema, das uns alle, sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Personen, die hier ankommen bzw. angekommen sind, betrifft. Insbesondere das Thema Demokratiebildung wird immer ein aktuell bleiben.

Es gibt viele Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus anderen Ländern, aber mit zu wenigen Lehrkräften. Das Thema Politik wurde nach meiner Erfahrung nie wirklich ernst genommen. Wir haben selber Projekte entwickelt und versucht, mit den Schulen zusammenzuarbeiten. Es ist keineswegs so, dass die Lehrkräfte kein Interesse hatten, aber die Kollegien waren unterbesetzt. Daher meine Frage: Wird aus Ihrer Sicht das Fach Politik überhaupt so ernst genommen, dass es, wenn überhaupt, nicht von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, sondern von Lehrkräften unterrichtet wird, die Fachkräfte bzw. Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sind?

Herr **Dr. Walter (MK)**: Ich kann an dieser Stelle nur unsere Sicht auf die Dinge schildern. Seit 2019 gibt es den bildungspolitischen Schwerpunkt „Demokratisch gestalten“, im Zuge dessen wir viele Maßnahmen auf den Weg gebracht haben, um Demokratiebildung an Schule zu stärken.

Demokratiebildung ist mehr als Unterricht. Dabei geht es nicht nur um Politikunterricht, adressiert werden auch Schulkultur und Schulentwicklung. Auch ich wünsche mir manches Mal, dass sich Dinge schneller ändern. In Niedersachsen gibt es aber fast 3 000 Schulen. Ich nehme wahr, dass sich sehr viele Schulen auf den Weg gemacht haben und schon sehr weit gekommen sind, die Dinge sehr ernst nehmen, Schule demokratischer gestalten wollen und im Zuge dessen auch den Politikunterricht sehr ernst nehmen. Die Problematiken sind mir durchaus bekannt. Politik wird durchaus auch fachfremd unterrichtet und erscheint auf der Stundentafel gelegentlich vielleicht etwas randständig. Dass das Thema Politik nicht ernst genommen werde, kann ich pauschal nicht teilen. Ich kenne sehr viele engagierte Politiklehrkräfte und auch andere Lehrkräfte. Um Politik geht es nicht nur im Politikunterricht, sondern auch in anderen Fächern. Nach allem, was ich mitbekomme, haben wir ganz viele tolle und engagierte Lehrkräfte und Schulleitungen, aber auch andere in Schule, die das unterstützen und - deutlich über das hinaus, was sie eigentlich müssten - Projekte durchführen und auch in ihrer Freizeit Dinge organisieren. Das gilt zum Beispiel auch für Themen wie den Krieg in der Ukraine oder den Gaza-Konflikt, der sehr komplex ist. Schulen sehen die Sorgen in der Schülerschaft und wenden sich solchen Themen zu. Es gibt bereits sehr viel Engagement, was wir sehr begrüßen. Hier spielt sicherlich eine Rolle, dass wir bereits vor einigen Jahren einen großen Impuls gegeben haben. Gleichwohl müssen wir weiter dranbleiben. Denn die Herausforderungen werden leider nicht geringer.

StR'in **Katechakis** (MK): Für uns spielt in diesem Zusammenhang auch der Freiräume-Prozess eine wichtige Rolle. Schulen werden ermuntert, ihre Freiräume zu nutzen und komplexe Themen auch fachübergreifend zu unterrichten und ihre Schulstrukturen partizipativer zu gestalten, damit auch auf diese Weise Demokratielernen stattfindet. Politikunterricht ist selbstverständlich wichtig. Bei ihm geht es unter anderem darum, fachlich zu vermitteln, wie Politik funktioniert, wobei aber auch das Erleben eine ganz wichtige Rolle spielt. Hierfür ist der Freiräume-Prozess ein guter Katalysator.

StD **Wöckener** (MK): Auch vonseiten mancher Schulträger - das ist natürlich immer auch eine Frage der Kapazitäten - passiert in diesen Bereichen schon viel. Zum Beispiel die Landeshauptstadt Hannover macht viele Angebote direkt in Schule, die weit über das hinausreichen, was gemeinhin unter Schulträgeraufgaben verstanden wird. Ein anderes Beispiel ist Wolfsburg. Dort passiert zu den Themen, über die wir heute hier sprechen, ganz viel.

In dem Erlass zur Demokratiebildung von 2021 haben wir explizit das Handlungsfeld benannt, Schule und Kommune sozusagen thematisch zu verbinden, damit auch auf fachlicher Ebene eine Zusammenarbeit stattfindet. Das ist auch insofern wünschenswert, als man damit das Ohr unmittelbar an den Schulen hat.

Abg. **Djenabou Diallo-Hartmann** (GRÜNE): Den Aspekt der Einbindung der Migrantenselbstorganisationen möchte ich ausdrücklich unterstützen. Auch unsere Kommission verfügt über viel Expertise. Auch diese Expertise hat zu dem Handeln von Politik und Verwaltung geführt.

Kurz vor der Sommerpause hat bei uns in der Fraktion eine Veranstaltung zum Landesaktionsplan gegen Rassismus stattgefunden. Daran hat auch der Landespräventionsrat teilgenommen. Er macht unglaublich viel. Als Beispiel möchte ich nur den „Digitalen Schutzengel für Niedersachsen“ nennen. Hierbei geht es um Hass und Hetze im Internet.

Ich frage mich allerdings, wie es uns gelingen kann, das, was gerade an Wichtigem und Gutem passiert, in die Fläche zu bringen. Wir sind, wie es so schön heißt, in unserer Bubble unterwegs, und vieles kommt bei den meisten nicht an. Eine Veranstaltung des Landespräventionsrats steht im September an. Ich weiß nicht, ob Sie darüber schon unterrichtet sind. Es geht auch um Netzwerke interessierter Menschen. Von daher würde sich hier der Raum bieten, die gute und wichtige Arbeit, die bereits geleistet wird, zu präsentieren bzw. zu erläutern und zu schauen, welche Akteurinnen und Akteure Expertise mitbringen, um diese dann in die Prozesse einzubinden.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Wenn es um Schule geht, sind die Dinge nicht überall gleich, sondern sehr unterschiedlich. Wir haben es mit verschiedenen Schulen und auch mit Kindern zu tun, die geflüchtet sind und durchaus in übelster Form Rassismus erleben.

Gestern war ich am Lernort Bückeberg, dessen Einrichtung sehr umstritten war. Dort sind jetzt zwei pädagogische Kräfte tätig, die Angebote für Schülerinnen und Schüler machen. Diese Angebote, die uns kurz dargestellt wurden, zielen wirklich darauf, sich mit dem Jetzt und der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Was bedeutet „nie wieder“? Wie das mit den Kindern und Jugendlichen aufgearbeitet wird und was an Erfahrungen geschildert wurde, hat mich sehr beeindruckt. Das zeigt nämlich, wie Denkprozesse ausgelöst werden können.

Zu Recht wurde die Frage der Ausweitung angesprochen. Im vergangenen Jahr habe ich ein Zeltlager der Niedersächsischen Kinder- und Jugendfeuerwehr in meinen Wahlkreis besucht. Ich war

total begeistert, mit welchem Format dort die Kinder und Jugendlichen für die Frage von Gewalt - auch untereinander - sensibilisiert wurden und wie Demokratiekennezeichen gezeigt wurden. Den niedersächsischen Kinder- und Jugendfeuerwehren gehören fast 50 000 Kinder und Jugendliche an. Dort gibt es ein sehr ausgeklügeltes Kinderschutzprogramm. Das wird dort vorbildlich gemacht, und die Ausstrahlung reicht bis in die Fläche.

Auch solche Dinge müssen wir im Auge haben und begleiten. Ein Ausrollen in die Fläche wird nicht funktionieren, wenn nur auf Schule gesetzt wird. Die Schulen sind wichtige Orte, weil wir dort im Grunde alle Kinder erreichen. Aber wir müssen auch andere Instrumente nutzen. Ich hatte auch die Gedenkstätte Anne-Frank-Haus im Hinterkopf. Für eine Ausweitung braucht man natürlich auch ehrenamtliche Akteure.

Das, was wir heute gehört haben, bedeutet einen Anfang. Wir müssen dies nun begleiten, damit wir wirklich eine Ausweitung bekommen. Wir müssen dabei allerdings aufpassen. Ich bewege mich glücklicherweise nicht in einer Bubble und habe die Erfahrung gemacht, dass ich Kinder und Jugendliche, wenn ich sie vernünftig und *analog* anspreche, durchaus erreichen kann. Im Moment habe ich die Sorge, dass wir in eine Rückwärtsbewegung kommen. Die Themen, die in den Netzen diskutiert werden, dominieren gelegentlich viel zu stark. Wir sollten sehr viel selbstbewusster mit dem auftreten, was bereits vorhanden ist. Die Darstellung dessen, was alles schlecht sei, ist mir ein bisschen zu massiv. Ich werbe dafür, deutlich zu machen, dass wir über positive Projekte verfügen, die wir weiterentwickeln müssen.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE): Vielen Dank für die umfangreiche Unterrichtung. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Arbeit der Kommission wertschätzen. Zum einen verfügt die Kommission über sehr viel Expertise, und zum anderen ist das Zusammenspiel sehr wertvoll. Es ist toll, dass bereits so viel aufgegriffen worden ist, dass so viel initiiert worden ist und im Werden ist. Vielleicht besteht die Möglichkeit, Informationen zum Beispiel aus dem Bildungsportal an die Kommission weiterzuleiten. Die Mitglieder der Kommission sind auch Multiplikator*innen in verschiedene Communities hinein. Aus dem Kultusbereich weiß ich, dass Demokratiecamps stattfinden. Die Tagung in Loccum, an der viele Expertinnen und Experten teilgenommen haben, war ein erster Schritt.

Ich möchte als weiteren Punkt gern noch die Vernetzung mit außerschulischen Bildungsorten und Lehrpartner*innen einbringen. Ich denke in diesem Zusammenhang insbesondere auch an Museen und das Wissenschaftsministerium. Das Wissenschaftsministerium ist zuständig für die Ausbildung der Lehrkräfte, aber Provenienzforschung und Museen sind total wichtige Bereiche, wenn es um die Erweiterung der Erinnerungsarbeit geht. Von daher möchte ich gern den Impuls mitgeben, zu schauen, was im MWK passiert und wie man die Dinge vernetzen kann; wohl wissend, dass es gelegentlich schwierig ist, Sachen interministeriell voranzubringen. Ich bemerke allerdings sehr wohl, dass sich diese Kultur in der letzten Zeit verändert hat und es gute Schritte der Zusammenarbeit gegeben hat.

Vielleicht sollte, wenn die KC überarbeitet werden, auch überlegt werden, die Abteilung 3 einzuladen, damit hier zumindest einmal ein Zwischenstand bezüglich der Arbeit in den verschiedenen Kommissionen gegeben wird.

Abg. **Djenabou Diallo Hartmann** (GRÜNE): Was eine Einladung der Abteilung 3 betrifft, wird die Anregung im Protokoll aufgenommen. Wir können dann schauen, ob es in einer der nächsten Sitzungen möglich ist, auf das Thema Gedenkstätten einzugehen. Das Gedenkstättenengesetz ist

bereits angesprochen worden. Vielleicht kann der Kommission hierzu ein Überblick gegeben werden, damit wir dann erörtern können, wo Handlungsbedarf besteht und ob gegebenenfalls Anträge auf den Weg gebracht werden sollten, um das Kultusministerium zu unterstützen. Wenn wir einen Überblick darüber haben, was bereits konkret geschieht, können wir überlegen, wo wir gegebenenfalls unterstützen können.

Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Nach der heutigen Unterrichtung gibt es für das weitere Vorgehen zwei Möglichkeiten.

Zum einen können wir überlegen, ob der Antrag textlich vor dem Hintergrund der Unterrichtung verändert werden soll.

Zum anderen kann die Kommission feststellen, dass die Inhalte des Antrages in Arbeit sind, was wir begrüßen, und einfordern, dass die Kommission an den weiteren Prozessen beteiligt wird. Seitens der Landesregierung wurde angekündigt, dass die Kommission etwa im Oktober noch einmal unterrichtet werden soll. Die in der Aussprache angesprochenen Punkte würde ich dabei mit einbeziehen. Ich glaube, dass wir es mit einem wachsenden Prozess zu tun haben.

Wir könnten das Verfahren damit abschließen, dass wir zum einen dem Antrag zustimmen und begrüßen, dass wesentliche der darin genannten Punkte schon in Arbeit sind, und zum anderen feststellen, dass unseres Erachtens die Beteiligung weiterer Akteure dringend notwendig ist, und darum bitten, dass die Kommission in die weiteren Prozesse mit eingebunden wird.

Dann kann seitens der Landesregierung Signal gegeben werden, wenn bestimmte Schritte abgeschlossen sind. Wir müssen ja nicht in Diskussionen einsteigen, wenn die Schritte noch nicht beendet sind. Wenn wir lange Zeit nichts hören, haben wir ja die Möglichkeit nachzufragen.

Herr **Dr. Anwar Hadeed**: Ich bevorzuge die zweite von Ihnen genannte Option, zumal sich dann auch kein Widerspruch zu dem Antrag ergibt.

Ich bin froh, dass wir auf der Basis des Antrages die wichtigen Informationen seitens des Kultusministeriums erhalten haben.

Ich sehe den Antrag im Grunde als Leitfaden für eine Zielerreichung an. Bei den drei in dem Antrag genannten Punkten gibt es keinen Widerspruch zu den Vorhaben des Ministeriums. Aber mit diesen Punkten wird das Ziel beschrieben, das erreicht werden soll.

Bezüglich der Erweiterung des historischen Diskurses besteht Einigkeit. Was die Förderung eines interdisziplinären Dialogs betrifft, wurde gesagt, dass der Kreis um Wissenschaft und Zivilgesellschaft erweitert werden soll. Bei dem dritten Punkt geht es um die Integration in Bildungs- und Gedenkprogramme.

Bei diesen drei Punkten handelt es sich im Grunde um eine Zusammenfassung dessen, was das Ministerium macht und was die Mitglieder der Kommission heute in der Aussprache vorgetragen haben.

*

Beschluss

Die **Kommission** stimmt dem Antrag einvernehmlich zu und kommt ebenfalls einvernehmlich überein, den Antrag den Mitgliedern des Landtages, den Landtagsfraktionen und der Landesregierung mit folgenden ergänzenden Hinweisen zuzuleiten:

- die Kommission hält die Beteiligung weiterer Akteure im Sinne der Ausführungen in der Aussprache zu der heutigen Unterrichtung für notwendig.
- sie bittet darum, in den weiteren Prozess eingebunden zu werden,
- sie bittet die Landesregierung, zu gegebener Zeit von sich aus über den aktuellen Stand zu unterrichten.

Tagesordnungspunkt 2:

Lückenlose und unabhängige Aufklärung des tödlichen Polizeieinsatzes gegen Lorenz A. in Oldenburg

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Seitens des Ministeriums für Inneres, Sport und Digitalisierung war der Kommission mit Schreiben vom 20. August 2025 eine schriftliche Stellungnahme zugeleitet worden.

Weiteres Verfahren

Die **Kommission** kommt einvernehmlich überein, sich in einer ihrer nächsten Sitzungen im Beisein von Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung mit den vom konkreten Einzelfall unabhängigen Aspekten der schriftlichen Stellungnahme des Innenministeriums vom 20. August 2025 zu befassen.

Tagesordnungspunkt 3:

Sonstiges

Frau **Séverine Jean** bittet darum, die Kommission über den aktuellen Stand der Planungen bzw. Arbeiten für ein Partizipations- und Teilhabegesetz zu unterrichten.

Die **Kommission** schließt sich dem an und bittet einvernehmlich für eine ihrer nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der Planungen bzw. Arbeiten für ein Partizipations- und Teilhabegesetz.
